
Beschlussprotokoll des Parteitags der SP Schweiz Samstag, 29./30. Oktober 2022, in der Messe Basel

Vorsitz: Rebekka Wyler, Tom Cassee (Generalsekretariat SP Schweiz)

Protokoll: Pia Wildberger, Regula Schweizer, Nino Breiter, Louis Dana

Anwesend: Rund 600 Delegierte, 200 Gäste

Anmerkung zum Protokoll

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen des Parteitags werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert.

Protokoll Samstag, 29. Oktober 2022 in Basel

1. Eröffnungsgeschäfte und Begrüssungen

Der Parteitag wird von Tom Cassee, Co-Generalsekretär der SP Schweiz, eröffnet. Tom dankt der SP Basel-Stadt herzlich für ihre Gastfreundschaft.

Es folgen Grussworte von Beat Jans, Regierungspräsident des Kantons Basel-Stadt, sowie von Lisa Mathys, Co-Präsidentin der SP Basel-Stadt.

2. Geschäfte zum Ablauf des Parteitages

Mitteilungen

Tom Cassee begrüsst insbesondere die SP queer und weist auf die verschiedenen Infostände hin. Er dankt für die gesammelten Unterschriften für die laufenden Initiativen und weist auf die Fotografin hin, die während des Parteitags Bilder machen wird, die in der Kommunikation verwendet werden. Anmeldungen für das Parteitagsfest sind beim Empfangstisch möglich.

Genehmigung der Geschäftsordnung

Gemäss der allgemeinen Geschäftsordnung des Parteitags gilt eine Redezeitbeschränkung von zwei Minuten. Bei der Behandlung der einzelnen Blöcke zum Europa-Papier erhält das Präsidium am Ende jedes Blocks vier Minuten Zeit, um zu allen Anträgen gesammelt Stellung zu beziehen.

Wortmeldezettel

Wortmeldungen müssen bis zum Beginn des vorhergehenden Traktandums eingereicht werden. Auch Antragstellende müssen eine Wortmeldung einreichen.

Ordnungsanträge

Ordnungsanträge zum Ablauf eines Traktandums müssen vor Beginn des Traktandums eingereicht werden. Ordnungsanträge können kurz begründet werden. Dann gibt das Präsidium eine Stellungnahme ab, danach wird abgestimmt.

Beschluss des Parteitags: Die Geschäftsordnung wird genehmigt.

Wahl der Stimmzähler:innen

Die Liste mit den Namen wird vorgelesen.

Stimmzähler:in	Stellvertretung
Sceruo Bernet	Gabriel Nyfeler
Antonio Mbungu	Emily Baumgartner
Niccolo Mazzi-Darnoffi	Barbara Schmid
Werner Kallenberger	Sahra Herrmann
Lisa Disselmann	Eva Schweizer
Michela Seggiani	Johannes Bühle
Jonas Bischofberger	Arthur Heller
Simona Schmid	Walter Langenegger
Amira Jaouhari Tissati	Luc Grandjean
Rudolf Strasser	Pernette Strasser
Anja Meier	Aaron Gut
Yves Müller	Barbara Kern
Katharina Macina	Marcel Burfet
Karin Kälin	Andri Meyer
Vite Beatrice Deters-Evers	Sandro Covo

Beschluss des Parteitags: Die Stimmzähler:innen werden gemäss vorgelesener Liste gewählt

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Karin Mader und Andreas Weibel werden vorgeschlagen.

Beschluss des Parteitags: Karin Mader und Andreas Weibel werden gewählt

Wahl Präsident des Wahlbüros

Claudio Marti wird vorgeschlagen.

Beschluss des Parteitags: Claudio Marti wird gewählt

Genehmigung definitive Traktandenliste

Beschluss des Parteitags: Die Traktandenliste wird genehmigt

3. Begrüssung durch Mattea Meyer und Cédric Wermuth, Co-Präsidium SP-Schweiz

Mattea Meyer begrüsst die Genoss:innen und drückt ihre Freude darüber aus, dass der Parteitag physisch stattfindet. Sie dankt der SP Basel-Stadt für den tollen Empfang und allen Sektionen für ihren Einsatz, sei es für Anlässe oder für das Sammeln von Unterschriften. Sie dankt den Sektionen auch für alle Anträge und die geleistete Arbeit.

Sie erinnert daran, dass es nach wie vor mutig sei, sich für die SP zu entscheiden und nicht den einfachen Weg zu gehen. Im Wahljahr 2023 wird sich entscheiden, ob die Schweiz weiterhin von rechts regiert wird oder ob es uns gelingt, die Kaufkraft zu stärken, in der Gleichstellung voranzukommen und in der Klimapolitik grosse Fortschritte zu erzielen.

4. Protokoll des digitalen Parteitages vom 5. Februar 2022

Das Protokoll des digitalen Parteitages vom 5. Februar 2022 wurde im Internet publiziert. Danke an Sophie Glaser fürs Verfassen.

Beschluss des Parteitags: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

Begrüssung der internationalen Gäste

Co-Generalsekretär Tom Cassee begrüsst alle Gäste, insbesondere den ukrainischen Botschafter in der Schweiz, dem er unsere Solidarität versichert.

5. Rede Bundesrat Alain Berset

Bundesrat Alain Berset blickt zurück auf die vergangenen Jahre, die die Schweiz und die Welt stark verändert haben. Wir leben in einer Zeit zahlreicher Krisen. Die Teuerung geht vielen «ans Eingemachte». Er verweist auf die neue Berechnungsweise der Teuerung durch Nationalrat Samuel Bendahan, welche die Bedeutung der Teuerung für tiefe und mittlere Einkommen gut abbildet.

Im Rückblick kommt Alain Berset auch auf die Pandemie zu sprechen. In der Pandemie haben wir die Balance gefunden zwischen dem Schutz der Gesundheit und dem Schutz des wirtschaftlichen Lebens. Dafür hat sich die SP sehr stark und erfolgreich eingesetzt, obwohl es kaum einen Bereich des Lebens gab, der von der Pandemie nicht betroffen war.

Für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts sind Lösungen für alle diejenigen Menschen gesucht, deren Alltag besonders schwierig ist: Bei den Mieten, Löhnen, Renten und den Gesundheitskosten. Dies ist auch ein Mittel gegen den Populismus, denn von Steuersenkungen oder Senkungen des Benzinpreises profitieren die Falschen. Alain warnt vor Gleichgültigkeit gegenüber der schwierigen Situation, in der viele stecken. Wir müssen dafür sorgen, dass die Schwächeren den Gürtel nicht noch enger schnallen müssen. 770'000 Menschen leben in Armut, davon sind 130'000 Kinder. Das ist inakzeptabel und muss sich ändern. Der Sozialstaat ist die Basis für den sozialen Zusammenhalt

der Gesellschaft. Alain verweist in diesem Zusammenhang auch auf unsere Prämien-Entlastungs-Initiative, die derzeit hängig ist.

Die soziale Gerechtigkeit ist auch in der Altersvorsorge unter Druck. Faire und ausgewogene Reformen sind jedoch schwierig zu erreichen. Leider scheiterte die Vorlage Altersvorsorge 2020 an der Urne und das Abstimmungsresultat (Erhöhung Frauenrentenalter) von Ende September gefällt im Saal nicht. Der Druck, die Situation der Frauen in der zweiten Säule zu verbessern, ist nun jedoch umso grösser. Die zahlreichen Versprechen, die in den vergangenen Monaten in dieser Hinsicht abgegeben wurden, müssen wir nun einfordern. Denn die strukturelle Ungerechtigkeit schwächt die Frauen, die Gesellschaft und alle in diesem Land.

Alain erwähnt die internationalen Organisationen, die internationale Stabilität und geht auf die Rolle der Schweiz ein, denn wir sind auf Stabilität im internationalen europäischen Austausch angewiesen. Es gibt keine friedliche Alternative zu den internationalen Organisationen. Schwierige Zeiten verlangen Einigkeit und Engagement gegen Ungleichheit, den Einsatz für Kohäsion und für soziale Gerechtigkeit, in der Schweiz und in Europa.

6. Schwerpunkt 1: Kaufkraft stärken und Ungleichheit verringern

Rebekka Wyler leitet mit folgenden Bemerkungen in die Diskussion ein: Bei den Bürgerlichen sind die Lobbyisten stark in den eigenen Reihen vertreten. Seit Jahren ist es fast unmöglich, Fortschritte zu erzielen. Dies ist der Fall im Immobilienbereich, in der privaten Wirtschaft und im Gesundheitswesen. Das sind Themen, die alle angehen, und darüber wollen wir nun sprechen.

Podiumsdiskussion mit Sandrine Nikolic-Fuss (Präsidentin kapers (Löhne/Arbeitsbedingungen), Daniel Lampart, Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB (Renten/Löhne), Laurent Kurth, Chef du département des finances et de la santé, Neuchâtel (Krankenkassen-Prämien).

Sandrine Nikolic-Fuss beschreibt die Situation in Flugbranche, wo die Löhne um 28 Prozent gesunken sind. Seit die Liberalisierung des öffentlichen Verkehrs in den 1990-er Jahren Einzug hielt, geht es bergab. Wir haben keine Chance und zu wenig Macht, um politisch gegen dieses Sozial- und Lohndumping anzukämpfen. Sandrine appelliert an alle, die Verkehrsmittel bewusst zu wählen – es gefährdet Arbeitsplätze, wenn Low-Cost-Firmen für Reisen berücksichtigt werden.

Nikolic-Fuss verweist auf die enorme Bedeutung einer gemeinsamen Sozialpolitik, wobei wir bei der AHV 21 ansetzen müssen, weil ein Drittel der Frauen in der ersten Säule weniger Geld als die Männer haben. Besonders für die Frauen ist daher auch die Kita-Initiative wichtig.

Laurent Kurth verweist auf die aktuelle Prämienlast. Bei den Krankenkassenprämien müssen mehr öffentliche Gelder einfließen, wir müssen zudem weg von den Kopfprämien. Eine Finanzierung über die Mehrwertsteuer ist eine Möglichkeit.

Das Schweizer Steuersystem belastet hohe Einkommen mit hohen Steuern, wir müssen jedoch die kalte Progression korrigieren, denn diese belastet vor allem die Einkommen unter 80'000 Franken.

Daniel Lampart verweist auf die Erfolge in der Steuerpolitik und den Nachholbedarf bei den Löhnen. Die Entwicklung bei den Krankenkassenprämien wird immer schlimmer. Gemeinsam mit der SP wird sich der SGB für bezahlbare Krankenkassenprämien und gesicherte Renten einsetzen. Das Parlament hinkt der Realität hinterher, doch für beide Probleme haben wir Lösungen vorbereitet.

Aktuell sind der Teuerungsausgleich und die Realloohnerhöhung das Ziel des Lohnherbsts. In allen Abschlüssen, die bis jetzt vorliegen, haben wir mindestens den Teuerungsausgleich erreicht (>3,3

Prozent). Lampart verweist auf die schwierigen Verhandlungen im Detailhandel, wo über 100'000 Menschen betroffen sind.

Aus gewerkschaftlicher Sicht setzen wir uns auch für gemeinnütziges Wohnen ein, das ist eine öffentliche Aufgabe. Und letztendlich geht es um die Frage: Wem gehört der Boden? Im Boden steckt heute zu viel Rendite.

R-1 der SP Unterwallis: Für eine Wahlkampagne im Interesse der 99%

Wortmeldungen: Daniel Schmid, Emmanuel Amoos, Albert Anor

Begründung: Die Wahlthemen müssen die Anliegen des Mittelstandes aufgreifen, In den kommenden Wahlen soll sich die SP für soziale Gerechtigkeit einsetzen, für Kaufkraft, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Viele in der Schweiz leben an der Armutsgrenze, besonders betroffen sind Frauen. Auch die Renten sind zu tief. Gleichzeitig werden das Frauenrentenalter und die Mehrwertsteuer erhöht und man kauft den Kampfjet F-35.

Antrag Albert Anor: Antrag auf Erhöhung der Redezeit.

Stellungnahme Tom Cassee: Pro Traktandum kann ein Antrag auf Erhöhung der Redezeit gestellt werden. Da Anor der letzte Redner war, wird auf die Abstimmung zu diesem Antrag verzichtet.

Empfehlung des Parteirats: Annahme

Beschluss des Parteitags: Annahme bei 1 Enthaltung.

7. Schwerpunkt 2: Bei der Gleichstellung endlich vorankommen!

Rede Natascha Wey, Generalsekretärin VPOD: Natascha Wey zeigt auf, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Care-Arbeit Thema bleiben. Privilegierten Frauen wird vorgeworfen, sie würden die Arbeit auslagern und so Karriere machen. Diese Analyse greift zu kurz. Zudem müssen auch die Männer einbezogen werden. Darum brauchen wir ambitionierte Projekte wie die Kita-Initiative. 75 bis 80 Prozent der Kosten einer Kita sind Lohnkosten. Für die Angestellten in den Kitas besteht bei den Löhnen und den Weiterentwicklungsmöglichkeiten Handlungsbedarf. In der Kindererziehung sollte gelten: Die Besten zu den Kleinsten!

Es werden zwei Videos mit Statements von Kindererzieher:innen eingespielt.

R-2 Martine Docourt und andere: Wir sind wütend! Auf zum feministischen Streik 2023!

Wortmeldungen: Martine Docourt, Lirija Seidi

Begründung: Die Gleichstellung kommt sehr schleppend voran. Die SP Frauen und der SGB mobilisieren darum für den 14. Juni 2023. Wir verlangen Gleichstellung bei den Renten, Löhnen, wir wollen selbst über unseren Körper bestimmen können, wir fordern eine Arbeitszeitreduktion bei gleichem Lohn: Zusammen können wir vorwärts gehen auf dem Weg zur Gleichstellung.

A-1 Lirija Sejdi und andere: Unterstützung des feministischen Streikaufrufs 2023

Empfehlung des Parteirats: Annahme von Resolution R-2 und Antrag A-1.

Beschluss des Parteitags: Einstimmige Annahme.

R-3 Lirja Sejdi und andere: Für einen gleichstellungspolitischen Umbruch: Machen wir der Schnecke Beine!

Wortmeldungen: Lirja Sejdi, Filip Bovens, Mathilde Mottet

Begründung: Als Partei der sozialen Gerechtigkeit müssen wir weiter für Fortschritte und gegen Rückschritte in der Gleichstellung kämpfen. Wir brauchen ein Netz an Frauenhäusern und Opferhilfen. Wir brauchen ein aktuelles Sexualstrafrecht und Gerichte, die den Opfern Glauben schenken. Wir wollen Frauen und die LGBTIQ-Community sichtbarer machen. Drücken wir endlich auf das Gaspedal! Wir kämpfen gegen jede Art der Diskriminierung.

Es wird eine Erweiterung der Resolution zum Thema Inklusion beantragt. Dieses Thema soll im Parteirat aufgenommen werden.

Empfehlung des Parteirats: Annahme

Beschluss des Parteitags: einstimmige Annahme.

8. Rede Bundesrätin Simonette Sommaruga

Dieser Traktandenpunkt entfällt. Bundesrätin Simonetta Sommaruga kann leider nicht am Parteitag teilnehmen, weil ihr Mann aus gesundheitlichen Gründen im Spital ist. Er ist in guten Händen. Die Sitzungsleitung teilt mit, dass gebeten wird, die Privatsphäre der Bundesrätin zu respektieren.

9. Schwerpunkt 3: Energieversorgung sichern, Klimakrise bekämpfen

Rede Kaspar Sutter, Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt: Kaspar Sutter weist in seinem Referat auf die immense Bedeutung der Energiepolitik für den Klimaschutz hin. Seit 2009 stammt im Kanton Basel-Stadt die Energie zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien; die Regeln sind im Energiegesetz festgehalten, dessen Wurzeln bis in die 1980er Jahre und den Kampf gegen das AKW Kaiseraugst zurückreichen. Kantone und Städte können viel erreichen, um die Dekarbonisierung der Gesellschaft voranzutreiben. Er verweist auf die Bedeutung von Lenkungsabgaben, die an die Bevölkerung rückvergütet werden, sowie auf Förderabgaben auf Strom. Im Kanton wurden zudem Stromheizungen verboten. Zudem investierte die IWB im In- und Ausland auch in die Wasserkraft sowie in Sonne und Wind (im Berner Oberland, Wallis und Tessin). Im Ausland herrschen vielfach bessere Bedingungen. Es gilt daher, die Prozesse und Regulierungen in der Schweiz zu vereinfachen. Das Potenzial der Solarenergie ist auch in Basel längst nicht ausgeschöpft. Auch Fernwärme soll vermehrt genutzt werden; das Gasnetz in Basel wird stillgelegt. Derzeit werden die Fahrzeuge von Bus, Polizei und Feuerwehr auf elektrischen Antrieb umgestellt.

R-4 Mirjam Hostetmann und andere: Klimakrise konsequent und sozial gerecht bekämpfen

Wortmeldungen: Mirjam Hostetmann, Nicola Siegrist

Empfehlung des Parteirats: Annahme

Beschluss des Parteitags: Annahme mit 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung

A-2 der Sektionen SP Gränichen, Rheinfelden, Zürich 6, Wallisellen, Rothenburg, Aarau, Möhlin, Bubendorf: «10-Punkte-Plan» für eine wirksame und sozial gerechte SP-Klima- und Energiepolitik

Wortmeldungen: Leo Keller, Daniel Von Dado, Urs, Ueli Corrodi, Peter Fässler, Cristina Zanini Barzaghi, Albert Anor, Andreas Burkhardt. Für den Parteirat nimmt Carlo Lepori Stellung.

Begründung: Die Zukunft unserer demokratischen und sozialen Gesellschaft ist in Gefahr. Unsere Lebensgrundlagen werden durch den Konsum zerstört. Ein Systemwandel ist dringend notwendig. Heute muss konsequente Klimapolitik verfolgt werden, und die Kosten müssen von allen getragen werden. Dank dem 10-Punkte-Plan können wir bereits morgen damit beginnen.

A-3 der Sektion SP Möhlin: Ergänzender Antrag zum 10-Punkte-Plan

Wortmeldung: Andreas Burkhardt

Empfehlung des Parteirats: Annahme der Anträge A-2 und A-3

Beschluss des Parteitags: Annahme mit wenigen Gegenstimmen.

Umstellung der Traktandenliste.

Rede Enrico Letta

Co-Generalsekretärin Rebekka Wyler begrüsst Enrico Letta, Vertreter des italienischen Partito Democratico.

Grusswort von Enrico Letta: Er dankt für die Unterstützung bei den Wahlen im Herbst. Er weist darauf hin, dass der Partito Democratico bei den Auslandsitaliener:innen gewonnen hat, wenn auch auf nationaler Ebene das Wahlergebnis unerfreulich ist. Er kommt auf die innereuropäischen Grenzen zu sprechen, die heute - anders als früher - beispielsweise zwischen Deutschland und Frankreich weder physisch noch mental spürbar sind. Europa hat etwas Grosses geschaffen, das man nicht für möglich hielt.

Vor dem Hintergrund der Vorgänge im Iran und in der Ukraine weist Enrico Letta auf die Bedeutung des Rechtsstaats hin. Dafür, für die Solidarität, den Frieden und die Selbstbestimmung muss man sich einsetzen. International sind diese Werte unter Druck. Darum müssen wir die Rolle der Demokratie in Europa wieder mehr ins Zentrum stellen und dafür kämpfen.

Enrico Letta verweist auf das bestimmende Thema der nächsten Jahre, die Klimakrise. Wir müssen die ökologische Transition schaffen und dürfen dabei die soziale Frage nicht ausser Acht lassen. Wenn sich die Versprechen nicht realisieren und die Emissionen nicht entsprechend sinken, führt dies zur Katastrophe. Wir müssen unseren Lebensstil in kürzester Zeit ändern. Aber auch das System muss sich ändern.

10. Politische Aktualitäten

Hinweis auf den neuen wöchentlichen Podcast von Cédric und Mattea Meyer-Wermuth, in dem sie jeden Montag die politischen Aktualitäten diskutieren. Ab Februar wird es den Podcast auch auf französisch geben.

11. Aufbruch in ein soziales und demokratisches Europa

Referat Jon Pult, Leiter der Arbeitsgruppe: Die Erarbeitung des Strategiepapiers gründet auf dem letztjährigen Parteitags-Entscheid; das Papier wurde zuerst dem Präsidium und dann dem Parteitag vorgelegt. Es zeigt die Strategie sowie mögliche Zwischenschritte bis zum EU-Beitritt auf. In der europapolitischen Frage besteht ein grosses Bedürfnis nach Klarheit und Orientierung. Die Schweiz muss in diesen Zeiten Haltung zeigen und Partei ergreifen gegen den Autoritarismus, gegen Krisen und Kriege. Menschheitsprobleme erfordern mindestens europäische Lösungen, um tatsächlich Fortschritte zu erzielen. Es gibt in der EU aber auch Schattenseiten, etwa Migrationspolitik mit den unzähligen Menschen, die im Mittelmeer ertrinken. Hier ist die Schweiz jedoch bereits über Frontex beteiligt. Mit einem Beitritt können unter anderem solche Probleme besser gelöst werden. Ein klug ausgehandelter EU-Beitritt ist daher aus Sicht des Präsidiums zielführend. Jon dankt abschliessend allen Beteiligten für die Erarbeitung des Europa-Papiers.

Grusswort von Dr. Pamela Rendi-Wagner, SPÖ-Landesparteivorsitzende und SPÖ-Klubobfrau. Grusswort per Video.

Es wird ein Antrag auf Verlängerung der Redezeit auf vier Minuten gestellt.

Empfehlung des Präsidiums: Ablehnung

Entscheid Parteitag: Ablehnung

Block 1 (A1 bis A3), Eintretensdebatte

A-1: Raphaël Racine, Sektion Muri-Gümligen, Bern

Wortmeldung: Raphaël Racine

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung

Begründung: Die erwähnten Themen sind für den Parteitag traktandiert. Hier sei auf die provisorische Traktandenliste verwiesen («Schwerpunkt 1: Kaufkraft stärken und Ungleichheit verringern» und «Schwerpunkt 3: Energieversorgung sichern, Klimakrise bekämpfen»). Unter diesen Traktanden werden die entsprechenden Initiativen und Resolutionen diskutiert. Der Parteitag politisiert also in keiner Weise am weltpolitischen Geschehen vorbei.

Die Antragstellenden behaupten, die europapolitische Frage sei eine «Nebenfrage, die mit einer einfachen Resolution hätte erledigt werden können.» Dem ist jedoch nicht so. Die Europapolitik ist das zentralste aussenpolitische Themenfeld für die Schweiz und wird es in den nächsten Jahren auch bleiben. Gerade auch mit Blick auf Themen wie Versorgungssicherheit oder Klimaschutz geht es in der Schweiz nicht ohne Zusammenarbeit mit der EU. Es ist wichtig, dass sich die SP jetzt positioniert und nicht erst dann, wenn allfällige Verhandlungen mit der EU fortgeschritten sind und in den Medien zum Thema werden. Ausserdem ist es gerade aufgrund der verschiedenen Meinungen in der Partei wichtig, ein möglichst breit (also durch den Parteitag) abgestütztes Europa-Papier zu verabschieden und die Diskussion der Parteibasis darüber zu ermöglichen. Denn es liegt in der DNA der SP, über wichtige und schwierige Themen breit zu diskutieren. Genau dies soll am Parteitag in Basel der Fall sein.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung.

A-2: Sebastian Werlen, SP Bezirk Leuk

Wortmeldung: Sebastian Werlen

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung

Begründung: Inhaltlich steht das Präsidium zu den im Papier genannten Analysen und Zielen. Die zentrale Europapolitik soll von der Parteibasis breit diskutiert werden und ein möglichst basisdemokratischer Beschluss in Form des vorliegenden Papiers soll gefällt werden. Deshalb empfiehlt das Präsidium die Ablehnung des Antrags auf Nichteintreten. Der Vorwurf, das Papier sei nicht durch eine Gruppe mit einem breiten Meinungsspektrum und durch Vertreter:innen verschiedener Ebenen verfasst worden, weist das Präsidium zurück: Der vom SP-Präsidium eingesetzten europapolitischen Ausschuss hat das gesamte Spektrum der europapolitischen Meinungen abgedeckt und dabei eine geographisch ausgewogene Verteilung berücksichtigt. Zudem waren bereits in diesem Ausschuss eine kantonale Vertreterin sowie ein Vertreter der Wissenschaft dabei. Zudem wurde das vorliegende Papier dem Parteirat zur Konsultation unterbreitet, wobei das ganze Papier antragsberechtigt war. Im Parteirat haben bekanntlich Vertreter:innen der verschiedenen Ebenen der Partei Einsitz. Schliesslich wurde das Papier in zwei Antragsfristen dem Parteitag unterbreitet. Eine breitere Konsultation ist deshalb kaum denkbar.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung

A-3: Mario Carrera, SP60+

Wortmeldungen: Mario Carrera, Brigitte Crottaz, Corine Mauch, Anna Miotto, Peter Vollmer, Tim Cuénod, Cédric Wermuth

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Annahme

Beschluss des Parteitags: Eintreten beschlossen.

Rede Maryam Banihashemi zur Situation im Iran

Maryam weist auf die unhaltbare Situation für Frauen in Iran hin. Tausende wurden bei Demonstrationen inhaftiert, 30 Kinder starben. In den letzten sechs Wochen hat sie versucht, Bundesbern auf die Situation aufmerksam zu machen und Taten verlangt - vergeblich. Wenigstens den europäischen Sanktionen soll die Schweiz übernehmen.

In der Pause wird vor dem Kongresszentrum draussen eine Menschenkette gebildet.

12. Lancierung Wahlkampf 2023

Die sechs Wahlkampfthemen (Kaufkraft, Service public, Gleichstellung, Klima/Versorgungssicherheit, Armut und soziale Sicherheit sowie internationale Solidarität) werden durch die Mitglieder des Präsidiums, des Fraktionspräsidiums und den SGB-Präsidenten präsentiert. Die Roadshow zum Wahlauftakt und zur Wahlplattform findet Anklang: https://www.sp-ps.ch/wp-content/uploads/2022/10/Wahlplattform_Broschure_A5_D.pdf

<https://www.youtube.com/watch?v=8H2mpFSKELk>, ab 5:40.

13. Div. Mitteilungen, Schluss des ersten Verhandlungstages

Der Apéro in der Markthalle beginnt um 18 Uhr. Alle sind herzlich eingeladen. Anschliessend findet das Parteitagstfest statt.

Protokoll Sonntag, 30. Oktober 2022 in Basel

14. Fortsetzung Traktanden Vortag

15. Eröffnungsgeschäfte und Begrüssungen

Grussworte von Kathrin Schweizer, Regierungsrätin SP Baselland, sowie von Thomas Noack, Regierungsratskandidat SP Baselland.

16. Genehmigung Geschäftsbericht 2020 – 2021

Der Geschäftsbericht 2020-2021 wird genehmigt. Dieser kann unter www.spschweiz.ch/parteitag heruntergeladen werden. Ausserdem kann er beim Zentralsekretariat in gedruckter Form angefordert werden.

Beschluss des Parteitags: der Geschäftsbericht wird genehmigt

17. Statutarische Geschäfte und Wahlgeschäfte

Gesamterneuerungswahlen Präsidium

Es stellen sich alle Mitglieder des bisherigen Präsidiums für eine weitere Amtsperiode zur Wiederwahl: Mattea Meyer und Cédric Wermuth, Jacqueline Badran, Elisabeth Baume-Schneider, Jon Pult, Samuel Bendahan, David Roth.

Statutarische Mitglieder des Präsidiums müssen nicht wiedergewählt werden. Das sind: Co-Generalsekretärin Rebekka Wyler und Co-Generalsekretär Tom Cassee, Fraktionspräsident Roger Nordmann, JUSO-Präsident Nicola Siegrist.

Beschluss des Parteitags: Alle Kandidierenden werden per Akklamation gewählt.

Wahl von zwei frei gewählten Mitgliedern des Parteirats

Rebekka Wyler verweist auf die geografische Vertretung der aktuellen acht frei gewählten Mitglieder des Parteirats.

Es stellen sich zur Wahl: Lirim Begzati, Suthakaran Ganapathipillai, Marco Grosspietsch, Robin Jolissaint, Leo Keller, Onaï Reymond. Marco Huber zieht seine Kandidatur aus privaten Gründen zurück. Die Kandidaten stellen sich vor.

Beschluss des Parteitags: gewählt sind im ersten Wahlgang Onaï Reymond mit 312 Stimmen und im zweiten Wahlgang Robin Jolissaint mit 184 Stimmen.

Jahresrechnung 2021

Dank an Karin Mader für die Zusammenstellung. Wir schliessen das letzte Jahr mit einer schwarzen Null ab. Die Rechnung wurde von der Finanzkommission und der Revisionsstelle BERO Treuhand

AG geprüft; sie entspricht den gesetzlichen Vorgaben und den Statuten. Der Parteirat empfiehlt die Annahme.

Empfehlung des Parteirats: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Annahme.

Prämien-Entlastungs-Initiative: Nachtragskredit zum Budget 2022

Hinweis auf Seite 62 der Schlussdokumentation. Die Abstimmung im März entfällt, daher ist frühestens im November 2023 mit einer Abstimmung zu rechnen. Wir werden darum nicht die beantragten CHF 160 000 benötigen, sondern ca. CHF 20 000. Der restliche Betrag verbleibt in den Kampagnenrückstellungen. Aus formalen Gründen kann der Antrag heute nicht mehr abgeändert werden.

Empfehlung des Parteirats: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Annahme.

National- und Ständeratswahlen 2023: Nachtragskredit zum Budget 2022

CHF 295 000 beantragt. CHF 60 000 wurden bereits im Budget beantragt. Finanziert wird der Nachtragskredit aus Budget, kampagnenbezogenem Fundraising und aus bereits bestehenden Rückstellungen.

Empfehlung des Parteirats: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Annahme.

18. Parolenfassung zu eidg. Abstimmungen

Entfällt, da die eidgenössischen Abstimmungen vom November- und März entfallen. Die nächste eidgenössische Abstimmung findet im Juni 2023 statt.

19. Unterstützung von Initiativen und Referenden

Der Entscheid zur Unterstützung der JUSO-Initiative wurde statutenkonform bereits vom Parteirat im Juni 2022 gefällt. Nicola Siegrist wird später dazu informieren.

Internationale Solidarität

Aurora Garcia stellt den Solifonds vor und verweist auf die Arbeit des Hilfswerks in Brasilien. Der Solifonds unterstützt dort eine der grössten sozialen Bewegungen, die Obdachlosen-Organisation MTST. Diese bietet mit niederschwelliger Essensausgabe auch politische Information im Hinblick auf den entscheidenden zweiten Wahlgang in Brasilien. Unter der Rechtsregierung von Jair Bolsonaro nahmen die Gewalt gegen Minderheiten, Hunger und Arbeitslosigkeit zu, umso wichtiger ist es, die sozialen Bewegungen gegen Faschismus zu stärken. Der Solifonds dankt für die Unterstützung durch die Mitglieder der SP Schweiz.

Felix Gnehm stellt das Hilfswerk Solidar vor, das ebenfalls von der SP mitgegründet wurde. Für Solidar steht die Unterdrückung der Zivilgesellschaft im Fokus. Felix Gnehm verweist auf das Beispiel Nicaragua, wo in den letzten Monaten 1200 Nichtregierungsorganisationen geschlossen wurden.

Mariela Muri von den SP Frauen verweist bezüglich der Unterdrückung der Menschen besonders auf die Schicksale der Frauen. Viele Vertreterinnen von NGOs wurden in Nicaragua inhaftiert und mit hohen Haftstrafen bestraft. Mariela bittet darum, ein offenes Schreiben zu unterzeichnen, damit mehr über die Situation in Nicaragua bekannt wird. Die Menschen in Nicaragua sind auf unsere Solidarität und Unterstützung angewiesen.

Rebekka Wyler verweist auf die enge Bande zwischen der SP und den Hilfswerken. Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk SAH wurde in den 1930-er Jahren während des Spanischen Bürgerkriegs von der SP und den Gewerkschaften gegründet. Im Frühjahr hat die SP gemeinsam mit Solidar eine grosse Spendenaktion für die Ukraine durchgeführt, wir konnten einen sechsstelligen Betrag sammeln. Der Solifonds entstand in den 1980-er Jahren und kümmert sich um politische Hilfsaktionen im Ausland. Beide Hilfswerke haben einen Stand am Parteitag und die Genoss:innen sind gebeten, sich direkt zu informieren.

20. Information JUSO-Initiative «Für eine Zukunft»

Es wird ein Video zur Lancierung der Initiative eingespielt.

Nicola Siegrist, Präsident JUSO Schweiz: Die Klimakrise ist eine soziale Krise. Unsere Antwort als SP und sozialistische Kraft muss deshalb auch eine sozial gerechte sein. Was wollen wir? Für die Transformation fordern wir, dass die Kosten nicht von der Zivilgesellschaft bezahlt werden müssen. Wir wollen, dass die Kosten von jenen übernommen werden, die sie verursacht und davon jahrzehntelang profitiert haben. Wir verlangen eine Schenkungssteuer auf Vermögen (Vermögens-Initiative). Dieses Geld soll für den Umbau eingesetzt werden. Es sollten alle profitieren, weil wir mit dieser sozial gerechten Klimapolitik eine Zukunft für alle gestalten wollen. Die JUSO sammelt seit August Unterschriften und ist für jegliche Unterstützung sehr dankbar

21. Aufbruch in ein soziales und demokratisches Europa

Fortsetzung der Diskussion vom Samstag und Verabschiedung des Positionspapiers

Nach einem kurzen Rückblick durch Jon Pult werden die Anträge bearbeitet.

A-4: Baptiste Hurni, Emmanuel Amoos, Valérie Piller Carrard et Pierre-Yves Maillard

Wortmeldung: Emmanuel Amoos

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: modifizierte Annahme

Begründung: Das Abstract wird nach dem Parteitag angepasst (siehe Antrag 6). Welche Anpassungen vorgenommen werden, hängt davon ab, welchen Anträgen der Parteitag zustimmt. Die im Antrag erwähnten Anregungen zur Kommunikation sind zwar nicht antragsberechtigt, werden aber vom Präsidium für die zukünftige Kommunikation mitberücksichtigt. Dass ein EU-Beitritt in den im Antrag erwähnten Politikfeldern gut ausgehandelt werden muss und kein Selbstzweck ist, ist Teils des Papiers und wird darum vom Präsidium selbstverständlich geteilt. Allerdings soll nicht von einzelnen, starren roten Linien die Rede sein. Stattdessen wird ein EU-Beitritt nur dann als «gut ausgehandelt» angesehen, wenn die im Papier erwähnten Inhalte (z.B. in den Bereichen Lohnschutz, Service Public und direkte Demokratie) als Ganzes berücksichtigt sind.

Beschluss des Parteitags: Antrag zurückgezogen

A-35: Matthieu Béguelin, PSCN/Emmanuel Amoos, PSVR-CN/Alexandre Bochat, PSVR/Christian Dandrès, PSG-CN/ Martine Docourt-Ducommun, co-présidente FSS/Romain Dubois, président PSN/Aurélie Friedli, FSS/Baptiste Hurni, PSN-CN/Andrea Münger, PSV/Mariela Muri, PSL/Valérie Piller-Carrard, PSFR-CN/Romain Pilloud, président PSV/Michel Zimmerman, PSG

Wortmeldungen: Matthieu Béguelin, Roman Pilloud, Michel Zimmermann, Albert Anor, Nicola Siegrist, Fabian Molina, Roger Nordmann, Sarah Wyss

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung

Begründung: Der Antrag bezieht sich auf alle zukünftigen Abkommen mit der EU. Das Präsidium ist der Ansicht, dass die Bereiche Lohnschutz, Service Public und direkte Demokratie im Papier ausführlich und nuanciert abgehandelt werden. Selbstredend gelten die Bedingungen in diesen für die SP wichtigen Bereichen nicht nur im Falle von Beitrittsverhandlungen, sondern auch von weiteren Abkommen wie beispielsweise einem Assoziierungsabkommen.

Für das Präsidium ist klar, dass die vier ersten Punkte des Antrags zum Kern jeglicher Gesamtevaluation von bilateralen Verträgen/einem EU-Beitritt gehören werden. Zur Beurteilung des Verhandlungsergebnisses sollen jedoch nicht mehrere starre rote Linien zur Anwendung kommen, sondern das gesamte Verhandlungsergebnis soll evaluiert werden: Nur wenn in den von den Antragstellenden Punkten 1-4 insgesamt im Sinne des Papiers zufriedenstellende Ergebnisse resultieren, wird die SP einem entsprechenden Abkommen zustimmen können. Diese vier Punkte sollen also nicht einzeln betrachtet werden, sondern zusammen.

Der Antrag wird deshalb abgelehnt, weil das Präsidium an der bisherigen nuancierten Position festhalten will (inkl. Gesamtevaluation) und nicht einzelne rote Linien aufstellen will, welche die Verhandlungsposition der SP schwächen. Inhaltlich besteht aber keine Differenz zwischen den Antragstellenden und dem Präsidium bezüglich der zentralen Wichtigkeit der Punkte 1-4.

Jedoch erachtet das Präsidium die Verknüpfung des letzten Punktes (die Direktzahlungen an die Berggebiete) mit weiteren Abkommen zwischen der Schweiz und der EU als unnötig.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung.

A-5: Mirjam Hostetmann (JUSO), Rosalina Müller (JUSO), Nicola Siegrist (JUSO)

Unbestritten.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: modifizierte Annahme

Begründung: Das Abstract wird nach dem Parteitag angepasst (siehe Antrag 6). Welche Anpassungen vorgenommen werden, hängt davon ab, welchen Anträgen der Parteitag zustimmt.

Beschluss des Parteitags: modifizierte Annahme

A-6: Mirjam Hostetmann (JUSO), Rosalina Müller (JUSO), Nicola Siegrist (JUSO)

Unbestritten.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Annahme

Beschluss des Parteitags: Annahme

Intervention von Rosalina Müller, JUSO

Viele Männer ergreifen das Wort, kaum Frauen. Die Männer überschreiten auch die Redezeiten teilweise massiv. Aufruf zu Wortmeldungen durch Frauen. Die Redezeit beträgt 2 Minuten.

A-7: Racine Raphaël, Sektion Muri-Gümligen, Bern, Sektionsdelegierter

Wortmeldungen: Raphaël Racine, Hans-Jürg Fehr, Severin Meier

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung

Begründung: Eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem EWR ist im Kapitel 4.3.1. zu lesen:

«Trotz diesen Nachteilen ist ein EWR-Beitritt der Erosion des bilateralen Wegs oder einem Rückzug auf reinen Freihandel vorzuziehen. Denn der Vorteil einer umfassenden Teilnahme am europäischen Binnenmarkt überwiegt die Nachteile eines EWR-Beitritts.»

Den EWR-Beitritt als Ziel zu definieren ist keine präzise Zusammenfassung dieser Position. Stattdessen soll zuerst versucht werden (mit einem Stabilisierungsabkommen und dann einem Wirtschaftspartnerschaftsabkommen), den bilateralen Weg weiterzuentwickeln. Dies ist das kurz- und mittelfristige Ziel. Das langfristige Ziel ist der EU-Beitritt. Zum heutigen Zeitpunkt explizit den EWR-Beitritt zu fordern, wenn die oben genannten Ziele im Vordergrund stehen, ist nicht sinnvoll. Denn ein EWR-Beitritt ist, wie im Kapitel 4.3.1. ausgeführt, mit ernsthaften Nachteilen behaftet.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung

A-8: Mirjam Hostetmann (JUSO), Rosalina Müller (JUSO), Nicola Siegrist (JUSO)

Wortmeldungen: Mia Jenni, Jon Pult

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: modifizierte Annahme

Begründung: Das Ziel sind nicht Verhandlungen, sondern ein gut verhandelter Beitritt. So ist es auch im Parteiprogramm verankert und vom Parteitag von 28. August 2021 bestätigt. Der entsprechende Antrag, der am 28. August 2021 am Parteitag mit grossem Mehr angenommen wurde, lautet: «Der Europa-Ausschuss unter dem Vorsitz von SP-Vizepräsident und Nationalrat Jon Pult legt den zuständigen Parteigremien eine Europa-Plattform vor, die dem ersten Parteitag 2022 zur Beratung und Abstimmung unterbreitet wird. Die Plattform zeigt insbesondere die Strategie sowie mögliche Zwischenschritte auf, wie das im Parteiprogramm verankerte EU-Beitritt-Ziel erreicht werden kann.» Das mehrfach bestätigte Ziel ist also ein gut verhandelter EU-Beitritt, nicht möglicherweise erfolgreiche Verhandlungen.

Zudem formuliert der Antrag (vage) rote Linien. Wie im Papier detailliert ausgeführt, muss ein EU-Beitritt gut ausgehandelt und flankiert sein. Das Verhandlungsergebnis wird am Schluss von der SP in seiner Ganzheit evaluiert werden. Deshalb ist das SP-Präsidium überzeugt, dass keine starren roten Linien formuliert werden sollten. Es würde der sozialdemokratischen Position schaden, wenn sie in der Verhandlung auf starre rote Linien eingeschränkt würde. Um eine Gesamtevaluation des Verhandlungsergebnisses zu ermöglichen, die die Vor- und Nachteile gegeneinander abwägt, ist es sinnvoller, die angestrebten Ziele darzulegen (so wie es das Papier tut), anstatt sich von Anfang an die Hände zu binden.

Das Präsidium möchte mit einer modifizierten Annahme jedoch im Sinne der Antragstellenden klarstellen, dass ein EU-Beitritt nicht ein Selbstzweck ist. Stattdessen wird ein gut ausgehandelter EU-Beitritt angestrebt. Deshalb schlägt das Präsidium folgende Textänderung vor:

«Unser Ziel ist darum – wie im Parteiprogramm verankert und am Parteitag vom 28. August 2021 bestätigt – ein gut ausgehandelter EU-Beitritt der Schweiz.»

Beschluss des Parteitags: Annahme

A-9: Chandru Somasundaram, SP Bümpliz/Bethlehem

Wortmeldungen: Chandru Somasundaram, Walter Langenegger, Tim Guldemann, Jon Pult

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung

Begründung: Der EU-Beitritt ist tatsächlich kein Selbstzweck – hier ist das Präsidium mit den Antragstellenden einverstanden. Dies kommt nach Ansicht des Präsidiums im Papier jedoch bereits eindeutig zur Geltung: insbesondere im wohl zentralsten Teil des Papiers, in dem die Vor- und Nachteile eines EU-Beitritts detailliert auflistet (Kapitel 4.3.2) und die nötigen Reformen in der Schweiz bei einem EU-Beitritt aufzählt werden (Kapitel 4.3.3). Die Kernbotschaft des Antrags ist also schon im Papier enthalten, der Antrag definiert aber zusätzlich vage «rote Linien» ohne dabei ins Detail zu gehen. Die Stärke des vorliegenden Papiers ist und bleibt es hoffentlich, dass von vagen Formulierungen zu roten Linien abgesehen werden kann und dass stattdessen konkret benannt wird, was die SP genau anstrebt (z.B. im Kapitel 4.3.3. «Für die SP ist zentral, dass die flächendeckende Grundversorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochstehenden öffentlichen Dienstleistungen zu einem für alle erschwinglichen Preis sichergestellt bleibt. Die bedeutenden Handlungsspielräume der innerstaatlichen Umsetzung von Europarecht wären in diesen Fällen konsequent zugunsten eines starken Service Public und gegen weitere Liberalisierungen auszulegen.»). Ebenso liessen sich Stellen zu sozialen Rechten, der Klimafrage oder der Steuergerechtigkeit zitieren. Überall gilt: Lieber detailliert aufzeigen, für und gegen was die SP ist, als pauschale und vage «rote Linien» aufzustellen, die wiederum interpretationsbedürftig sind.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung mit einem klaren Mehr.

A-10 der SP SG an den Parteirat vom 24. Juni 2022

Wortmeldungen: Andrea Scheck, Fabian Molina, Laura Fischer

Der Antrag wurde vom Parteirat mit 25:20 Stimmen angenommen, wird jedoch vom Präsidium abgelehnt und entsprechend dem Parteitag zur abschliessenden Abstimmung vorgelegt.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung

Begründung: Die Idee des Antrags ist unterstützenswert. Mit dem vorliegenden, alternativen Vorschlag soll die-se Idee aufgenommen werden. Gleichzeitig soll das Kernproblem – die durch das Dublin-System bestehenden Fehlanreize – bestehen bleiben und noch klarer ausformuliert werden. Die beschämenden Abkommen wie beispielsweise mit der Türkei müssen tatsächlich erwähnt werden. Der Migrationspakt vom Herbst 2020 ist ein Versuch, die Fehlanreize zu beseitigen, was klar zum Ausdruck kommen soll. Der Grund des Scheiterns liegt bei den Mitgliedsstaaten, nicht bei der Kommission. Der letzte Satz (Einsatz der SP gegenüber dem EU-Migrationsregime) wird zur Ablehnung empfohlen, da er die Rolle der SP innerhalb der EU überschätzt.

Beschluss des Parteitags: Annahme der modifizierten Version mit 257 Stimmen, bei 151 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen.

A-11: Erich Fehr, SP Biel-Stadt/Ost, Reformplattform.Sozialliberal in der SP Schweiz

Wortmeldungen: Erich Fehr, Severin Meier

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung

Begründung: Obwohl das Präsidium der Ansicht ist, dass die EU höchst wahrscheinlich ein ganz zentraler Grund ist, weshalb auf dem Gebiet der EU Frieden herrscht, kann nur von «Beleg» gesprochen werden, wenn dieser tatsächlich erbracht werden könnte

Beschluss des Parteitags: Ablehnung

A-12: Joakim Martins (PS Lausanne) Bertil Munk (PS Lausanne) Myrta Grubenmann (SP Zürich) Mathilde Mottet (JS Suisse) Jakub Walczak (SP Erlach)

Unbestritten.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Annahme

Beschluss des Parteitags: Annahme

A-13: Joakim Martins (PS Lausanne) Bertil Munk (PS Lausanne) Myrta Grubenmann (SP Zürich) Mathilde Mottet (JS Suisse) Jakub Walczak (SP Erlach)

Unbestritten.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Modifizierte Annahme

Begründung: Das Präsidium ist mit den Aussagen einverstanden. Allerdings liest es sich so, als sei die Unionsbürgerrichtlinie die Rechtsquelle dafür, dass die europäische Diaspora in der Schweiz das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene erhalten würde. Die Rechtsquellen finden sich jedoch anderswo (in Art. 20 Abs. 2 lit. b des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Art. 22 Abs. 1 AEUV so-wie Art. 40 EU-Grundrechtscharta). Ausserdem braucht der Abschnitt einen Titel (wie dies auch bei den anderen Vorteilen der Fall ist). Deshalb wird folgender, leicht modifizierter Text vorgeschlagen.

«Mehr soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe: Die Schweiz müsste die Richtlinie über die Unionsbürgerschaft übernehmen, was zu wichtigen sozialen Fortschritten führen würde. Insbesondere würde der gleichberechtigte Zugang zum schweizerischen Sozialsystem erleichtert. Zudem würde im Falle eines EU-Beitritts die grosse europäische Diaspora in der Schweiz das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene erhalten. Personen mit Schweizer Staatsbürgerschaft, die in anderen EU-Mitgliedstaaten leben, würden von denselben Vorteilen profitieren.»

Beschluss des Parteitags: Annahme

A-14: Chandru Somasundaram, SP Bümpliz/Bethlehem

Wortmeldungen: Irene Marti Anliker, Hans-Jürg Fehr, Severin Meier

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung

Begründung: Inhaltlich stimmt das Präsidium diesem Antrag voll und ganz zu. Allerdings ist genau diese Idee (die Abschaffung der obligatorischen Krankenkassenprämien als Ausgleich für die Erhöhung der Mehrwertsteuer) bereits im Papier unter Kapitel 4.3.3. erwähnt:

„Die durch den EU-Beitritt ausgelöste Erhöhung der Mehrwertsteuer auf mindestens 15% ist nur auf den ersten Blick ein Nachteil. Tatsächlich könnte diese Erhöhung in einen der grössten sozialen Fortschritte seit Einführung der AHV umgemünzt werden. Die SP Schweiz fordert seit langem die Abschaffung der unsozialen Kopfprämien bei der Krankenversicherung. Genau dieses Ziel kann mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer erreicht werden, denn es ist völlig klar,- dass die bei der Bevölkerung erhobene Summe vollumfänglich an sie zurückerstattet werden muss. Der EU-Beitritt kann und muss also an die Abschaffung des jetzigen Prämiensystems bei der obligatorischen Krankenversicherung gekoppelt werden (inklusive Abschaffung der damit verbundenen Verbilligungs-Bürokratie). Die obligatorische Krankenversicherung würde in der Folge vom Bund finanziert. Resultieren würde aus dieser Reform ein enormer Gewinn an Kaufkraft für die unteren und mittleren Einkommensklassen, insbesondere auch Familien.“

Es ergibt keinen Sinn, diese Aussage zu wiederholen, weshalb das Präsidium die Ablehnung dieses Antrags empfiehlt. Die Logik des Papiers ist es, im Kapitel 4.3.3. zu erwähnen, welche innerstaatlichen Reformen angestossen werden müssten, um die scheinbaren Nachteile eines EU-Beitritts abzufedern. Deshalb gehört diese Idee in Kapitel 4.3.3.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung

A-15: Erich Fehr, SP Biel-Stadt/Ost, Reformplattform.Sozialliberal in der SP Schweiz

Wortmeldungen: Sebastian Werlen, Erich Fehr

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Annahme

Beschluss des Parteitags: **Accepté**

A-16: Adrian Hadron, Bolligen BE und A-17: Franziska Roth, Nationalrätin SO

Wortmeldungen: Adrian Hadorn, Cédric Wermuth

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung

Begründung: Obwohl das Präsidium bei diesem Antrag keine grosse Differenz mit dem heutigen Text feststellt, empfiehlt es, am ausgewogenen Kompromiss festzuhalten.

Zudem teilt das Präsidium die Begründung der Antragstellenden nur teilweise. Im vorliegenden Text geht es nicht nur um die gerichtliche Durchsetzung von EU-Recht, sondern u.a. auch um dessen aussergerichtliche Durchsetzung (also um innerstaatliche Gesetzgebung sowie tatsächliche Kontrollen vor Ort, etc.). Und hier bestehen innerstaatliche Handlungsspielräume, auf welche sich der Text bezieht. In diesem Sinne weist das Präsidium die Aussage der Antragstellenden zurück, es handle sich hier um eine falsche Einschätzung des EU-Rechts.

Beschluss des Parteitags: **rejetées**

A-18: Racine Raphaël, Sektion Muri-Gümligen

Unbestritten.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Modifizierte Annahme

Begründung: Das SP-Präsidium steht hinter dieser Aussage, die einen Teil des ausgewogenen Kompromisses darstellt, und möchte deren Inhalt beibehalten. Es wird jedoch die folgende, klarere

Formulierung vorgeschlagen (dabei wird der letzte Satz mit dem darauffolgenden Satz zusammengeführt): «Arbeit, die von Menschen ohne Niederlassungsrecht getätigt wird, soll nicht weiterhin als exportierbare «Ware» behandelt werden. Stattdessen muss bei jeglicher Art von Arbeit das Familienleben, das Gleichgewicht zwischen Arbeit und Erholung sowie das Sozialleben im Zentrum stehen.

Beschluss des Parteitags: Annahme

A-19: Adrian Hadorn, Bolligen BE und A-20 Franziska Roth, Solothurn, Nationalrätin

Unbestritten.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Kommentierte Annahme

Begründung: Der von den Antragstellenden vorgeschlagene Text wird genauso übernommen. Allerdings teilt das Präsidium die Begründung der Antragstellenden nur teilweise (deshalb kommentierte Annahme). Der vorliegende Text sollte nicht implizieren, dass die EU-Kommission umgangen wird. Mit «Durchsetzung» sind im Text innerstaatliche gesetzgeberische Durchsetzungsmöglichkeiten sowie faktische Durchsetzungsmöglichkeiten (wie Kontrollen vor Ort etc.) gemeint. Damit aber klar wird, dass die EU-Kommission nicht umgangen werden soll, beantragt das Präsidium Zustimmung zur Ergänzung der Antragstellenden («möglichst» in der Zuständigkeit der Innenpolitik «liegt»).

Beschluss des Parteitags: Annahme

A-20: Adrian Hadorn, Bolligen BE und A-20 Franziska Roth, Solothurn, Nationalrätin

Unbestritten.

A-21: Joakim Martins (PS Lausanne) Bertil Munk (PS Lausanne) Myrta Grubenmann (SP Zürich) Mathilde Mottet (JS Suisse) Jakub Walczak (SP Erlach)

Unbestritten.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Annahme

Beschluss des Parteitags: Annahme

A-22: Joakim Martins (PS Lausanne) Bertil Munk (PS Lausanne) Myrta Grubenmann (SP Zürich) Mathilde Mottet (JS Suisse) Jakub Walczak (SP Erlach)

Unbestritten.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Modifizierte Annahme

Begründung: Es soll präzisiert werden, dass es sich entweder um eine vertraglich zugesicherte Ausnahme oder eine in der Praxis gewährte Ausnahme handelt. Welche Art von Ausnahme es ist, ist sekundär. Es geht vor allem darum klarzustellen, dass weitere EU-Staaten den Euro auch nicht eingeführt haben. Der neu vorgeschlagene Text lautet also:

«In diesem Fall wird die Forderung nach einer vertraglich zugesicherten oder in der Praxis gewährten Ausnahme nach dänischem oder schwedischem Vorbild notwendig.»

Beschluss des Parteitags: Annahme

A-23: Joakim Martins (PS Lausanne), Bertil Munk (PS Lausanne), Myrta Grubenmann (SP Zürich) Mathilde Mottet (JS Suisse) Jakub Walczak (SP Erlach)

Wortmeldungen: Bertil Munk, Rebekka Wyler

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung

Begründung: Das SP-Präsidium erachtet die im Antrag vorgebrachte Kritik an den Verträgen in Teilen als nachvollziehbar, jedoch in der Formulierung zu abstrakt. Die Stärke der im Papier aufgelisteten Vor- und Nachteile liegt in ihrem Konkretisierungsgrad. Wenn eine Kritik an den Verträgen vorgebracht werden würde, müsste mindestens auch deren praktische Umsetzung durch die EU-Kommission erwähnt werden, welche – wie gezeigt – oft progressiver ist als die Schweizer Politik.

Das Argument, dass die bürgerlich geprägte Schweiz progressive Reformen auf EU-Ebene blockieren könnte, kann das Präsidium nachvollziehen. Die hier aufgeführten Nachteile beziehen sich jedoch auf die Schweiz (nicht die EU) und somit wäre dieser Nachteil ein Fremdkörper in dieser Auflistung.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung

A-24: Mirjam Hostetmann (JUSO), Rosalina Müller (JUSO), Nicola Siegrist (JUSO)

Unbestritten.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Annahme

Beschluss des Parteitags: Annahme

A-25: Mirjam Hostetmann (JUSO), Rosalina Müller (JUSO), Nicola Siegrist (JUSO)

Wortmeldungen: Nicola Siegrist, Sebastian Werlen, Mia Jenni, Sarah Wyss, Jon Pult

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung

Begründung: Das Präsidium erachtet den vorliegenden Text zum Service Public als ausgewogen und empfiehlt, daran festzuhalten. Aus dem vorliegenden Text kommt klar zum Ausdruck, dass eine möglichst umfassende Ausnahme beim Service Public ausgehandelt werden soll. Was bei allen Verhandlungen gilt, gilt auch bei einer EU-Beitrittsverhandlung: Je mehr starre rote Linien ein Verhandlungsmandat enthält, desto schwächer die gesamte Verhandlungsposition. Dass ein starker Service Public für die SP Priorität hat, ist klar und wird auch hier bestätigt. Es geht am Schluss jedoch um die Beurteilung des gesamten Verhandlungsergebnisses und dabei ist es eine unnötige Schwächung der Verhandlungsposition abzulehnen. Falls solche starren roten Linien z.B. beim Service Public aufgestellt würden, so würde die sozialdemokratische Verhandlungsposition in anderen Bereichen wie beispielsweise dem Lohnschutz geschwächt.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung

A-26: Mirjam Hostetmann (JUSO), Rosalina Müller (JUSO), Nicola Siegrist (JUSO)

Rückzug des Antrags.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung

Begründung: Die Analyse zeigt, dass die Vorteile die Nachteile eindeutig überwiegen, denn es wird erläutert, dass die Vorteile nicht nur zahlreicher sind, sondern auch gewichtiger. Würde man einfach

die Konklusion ändern, entstünde eine Diskrepanz zwischen Analyse und Konklusion, was kaum verständlich wäre. Der darauffolgende Satz «Für die SP ist jedoch klar, dass die mit einem EU-Beitritt einhergehenden finanziellen Kosten nicht auf die Gesamtbevölkerung abgewälzt werden dürfen», stellt zudem klar, dass ein EU-Beitritt mit Reformen verbunden werden müsste, damit sich die Vorteile eines Beitritts möglichst stark auswirken.

Beschluss des Parteitags:

A-27: Mirjam Hostetmann (JUSO), Rosalina Müller (JUSO), Nicola Siegrist (JUSO)

Wortmeldungen: Mayra Faccioa, Céline Widmer, Jon Pult

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung

Begründung: Die bestehende Formulierung impliziert die Idee des Antrags bereits. Denn eine Vollmitgliedschaft ist aus SP-Sicht selbstverständlich nur dann «gut ausgehandelt», wenn sie sozialdemokratischen Werten entspricht.

Der Antrag bezeichnet die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen als erstrebenswert. Jedoch ist nicht die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen per se erstrebenswert, sondern die Vollmitgliedschaft: Die SP will nicht in erster Linie verhandeln, sondern von den Vorteilen einer Mitgliedschaft profitieren.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung

A-28: Mirjam Hostetmann (JUSO), Rosalina Müller (JUSO), Nicola Siegrist (JUSO)

Wortmeldungen: Lucien Schwed, Jon Pult

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Modifizierte Annahme

Begründung: Die Mitgliedschaft ist zwar auch eine Chance, mit linken Kräften für eine linke Transformation in der EU zu kämpfen. Sie ist aber viel mehr als das: Sie ist u.a. eine Chance für die Schweiz, dort mitbestimmen zu können, wo die relevantesten Entscheide in Europa getroffen werden, zu einem Friedensprojekt beizutragen und von einer EU-Politik zu profitieren, die in vielen Bereichen progressiver ist als diejenige der konservativen Schweiz.

Die Zusammenarbeit mit linken Kräften ist an anderer Stelle erwähnt, siehe den zweiten Satz dieses Papiers in Kapitel 2: «Im Verbund mit ihren Schwesterparteien der Progressiven Allianz (PA) und der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) engagiert sich die SP Schweiz dafür, die Macht des Kapitals zurückzudrängen und das Primat demokratischer Politik herzustellen.» oder unter Kapitel 4.3.2.2., wo erwähnt ist, dass die SP sich mit linken Kräften für die Aufholung des Demokratiedefizits in der EU stark machen würde.

Das Präsidium stimmt den Antragstellenden jedoch zu, dass die Zusammenarbeit mit linken Kräften nicht nur auf die SPE und PA beschränkt werden soll. Deshalb wird an den erwähnten Stellen in Kapitel 2 und 4.3.2.2. zusätzlich erwähnt, dass neben der SPE und PA auch «mit weiteren progressiven Kräften» zusammengearbeitet werden soll.

Beschluss des Parteitags: Modifizierte Annahme

A-29: Racine Raphaël, Sektion Muri-Gümligen, Bern, Sektionsdelegierter

Wortmeldungen: Raphaël Racine, Cédric Wermuth

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung

Begründung: Das Präsidium ist dezidiert der Ansicht, dass diese Forderung nicht illusorisch ist. Sie ist auch nicht mit der von Botschafter Mavromichalis gemachten Aussage zur Rosinenpickerei gleichzustellen. Rosinenpickerei wäre tatsächlich illusorisch und ist abzulehnen (hier stimmt das Präsidium den Antragstellenden voll und ganz zu). Das ist jedoch nicht der Punkt des Stabilisierungsabkommens: Der Deal dabei ist nicht einfach «EU-Kooperationsabkommen für Schweizer Geld». Stattdessen ist der Deal «EU-Kooperationsabkommen für Schweizer Geld und die verbindliche Zusage der Schweiz, eine neues Assoziierungsabkommen auszuhandeln, welches die institutionellen Fragen löst». Genau um Rosinenpickerei vorzubeugen, ist das Stabilisierungsabkommen befristet (dies schafft einen Anreiz für die Schweiz, erfolgreich ein Assoziierungsabkommen abzuschliessen, welches die institutionellen Fragen löst). Ein Stabilisierungsabkommen verzögert also ein neues Assoziierungsabkommen, welches die institutionellen Fragen löst, in keiner Weise. Im Gegenteil: Es schafft rasch wieder Vertrauen, löst die rasch lösbaren Fragen und beschleunigt somit die gleichzeitig laufenden Verhandlungen über ein neues institutionelles Abkommen.

In Gesprächen, die eine SP-Delegation am 13. Mai 2022 in Brüssel mit dem zuständigen Vize-Präsidenten der EU-Kommission, Maroš Šefčovič, geführt hat, hat dieser explizit Interesse am SP-Vorschlag bekundet. Zudem hat der SP-Vorschlag eines Stabilisierungsabkommens (Motion 22.3012) bereits in der APK-N und im Nationalrat eine Mehrheit erhalten und ist nun in der APK-S hängig.

Beschluss des Parteitags: Rejetée

A-30: Adrian Hadorn, Bolligen BE

Wortmeldungen: Adrian Hadorn, Eric Nussbaum, Severin Meier

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung

Begründung: Das SP-Präsidium schliesst es nicht aus, im Falle eines Scheiterns des parlamentarischen Wegs eine Volksinitiative zur Europapolitik zu unterstützen oder gar selbst zu lancieren. Eine solche Entscheidung ist jedoch zum richtigen Zeitpunkt zu treffen, d.h. im Moment eines allfälligen Scheiterns des parlamentarischen Wegs. Dann sind jedoch weitere Faktoren zu beachten, wie beispielsweise der Stand der Sondierungen/Verhandlungen mit der EU.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung

A-31/32: Adrian Hadorn, Bolligen BE und A-32: Franziska Roth, Solothurn, Nationalrätin

Unbestritten.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Annahme

Beschluss des Parteitags: Annahme

A-33: Erich Fehr, SP Biel-Stadt/Ost, Reformplattform.Sozialliberal in der SP Schweiz

Wortmeldungen: Erich Fehr, Severin Meier

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung

Begründung: Das SP-Präsidium stimmt der Aussage zwar grundsätzlich zu, dass hauptsächlich die Ziele, nicht aber die Instrumente, im Europa-Gesetz definiert werden sollen. Falls sich jedoch eine breite europapolitische Allianz findet und diese Allianz u.a. davon abhängt, dass gewisse Instrumente bereits konkret im Europa-Gesetz definiert werden, so wäre es bedauerlich, wenn die SP dies aufgrund des vorliegenden Antrags nicht unterstützen könnte.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung

A-34: Marcel Colomb, SP Basel-Stadt

Unbestritten.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Modifizierte Annahme

Begründung: Welcher Streitbeilegungsmechanismus akzeptiert werden kann, muss am Schluss bei Vorliegen des Verhandlungsergebnisses beurteilt werden. Es ist klar, dass aufgrund des Kräfteverhältnisses zwischen der Schweiz und der EU die Schweiz ein Interesse daran hat, einen gerichtlichen Streitbeilegungsmechanismus zu etablieren. Wie dieser genau ausgestaltet werden soll, ist Teil der Verhandlungen. Der von den Antragstellenden erwähnte Streitbeilegungsmechanismus ist jedoch einer von mehreren möglichen gerichtlichen Streitbeilegungsmechanismen.

Deshalb schlägt das Präsidium den folgenden modifizierten Text vor: «... und sie akzeptiert einen angebrachten gerichtlichen Streitbeilegungsmechanismus wie beispielsweise ein klassisches Schiedsgerichtsverfahren, wie er in zahlreichen völkerrechtlichen Verträgen besteht – mit der Besonderheit, dass das Schiedsgericht für die Auslegung des in den Abkommen enthaltenen EU-Rechts, falls notwendig und angebracht, den EuGH beiziehen soll.»

Anzumerken ist zudem, dass das Präsidium den Schluss der Begründung nicht teilt («Die Rolle, die dem EuGH in dieser Streitbeilegung zugewiesen wird, ergibt sich aus der Tatsache, dass der EuGH in letzter Instanz auch bei einem von der SP anvisierten Beitritt der Schweiz zur EU genau diese Bedeutung haben wird.»): In einem Assoziierungsabkommen hat der EuGH nicht zwangsläufig eine genau vordefinierte Rolle, nur weil er dies im Falle eines Beitritts hätte.

Beschluss des Parteitags: Annahme

A-36: Erich Fehr, SP Biel-Stadt/Ost, Reformplattform.Sozialliberal in der SP Schweiz

Unbestritten.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Annahme

Beschluss des Parteitags: Annahme

A-37: Tim Cuénod

Rückzug, da A-36 angenommen.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung

Begründung: Der Antrag 36 wird zur Annahme empfohlen. Dieser hat denselben Kerngehalt wie der vorliegende Antrag 37: Die Streichung der Jahreszahl 2027 bei der Erwähnung der Aufgleisung von Beitrittsverhandlungen. Da Antrag 36 zur Annahme empfohlen wird, wird Antrag 37 zur Ablehnung empfohlen.

Beschluss des Parteitags: Rückzug des Antrags

A-38: Gabriela Suter, Nationalrätin, Aarau

Wortmeldung: Jon Pult

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Modifizierte Annahme

Begründung: Da Antrag 36 zur Annahme empfohlen wird (welcher die Streichung der Jahreszahl 2027 zur Aufgleisung von Beitrittsverhandlungen fordert), wird der vorliegende Antrag 38 als teilweise erfüllt erachtet.

Zum EWR: Die Vor- und Nachteile eines EWR-Beitritts sind im Kapitel 4.3.1. aufgeführt. Auch wenn der EWR nach Ansicht des Präsidiums aus diesen Gründen heute nicht als Ziel definiert werden soll, so ist eine Prüfung dieser Option nach einem (hoffentlich nicht eintretenden) allfälligen Scheitern eines neuen Assoziierungsabkommens angezeigt. Deshalb wird der folgende Satz modifiziert zur Annahme empfohlen: «Kann kein solches Assoziierungsabkommen abgeschlossen werden, soll der EWR-Beitritt geprüft werden.»

Beschluss des Parteitags: modifizierte Annahme

A-39: Joakim Martins (PS Lausanne) Bertil Munk (PS Lausanne) Myrta Grubenmann (SP Zürich) Mathilde Mottet (JS Suisse) Jakub Walczak (SP Erlach)

Rebekka Wyler: Korrekturen werden entgegengenommen

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Annahme

Beschluss des Parteitags: Annahme

A-40: Jürgen Schulz, Sektion SP Bern Altstadt-Kirchenfeld

A-41: Jürgen Schulz, Sektion SP Bern Altstadt-Kirchenfeld

A-42: Mario Carrera, SP 60+

Wortmeldungen: Jürgen Schulz, Mario Carrera, Rebekka Wyler

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung

Begründung: Die Anträge 40-42 verfolgen ein ähnliches Anliegen, da sie sich dafür einsetzen, dass die europapolitische Diskussion innerhalb der SP auch nach dem Parteitag vom 29./30. Oktober 2022 weitergeht. Auch das Präsidium will diese Diskussion weiterführen. Allerdings sind die in den Anträgen formulierten Fristen (jährliche Aufdatierung; jährliche Bildungsveranstaltung, sofortige Informationskampagne) zu starr. Die Partei muss sich dann mit der Europa-Frage auseinandersetzen, wenn es politisch relevant ist. Dies kommt auf die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU sowie auf die parlamentarische Arbeit an und soll deshalb nicht einem starren jährlichen Zyklus unterliegen, sondern soll dynamisch auf politische Aktualitäten reagieren können. Der Antrag zum jährlichen Aufdatieren des Europa-Papiers würde zudem die Parteigremien zeitlich überlasten: Diese Dokumente müssten Präsidium, Parteirat und Parteitag durchlaufen, was die sowieso schon knappe Zeit anderen wichtigen Themen wegnehmen würde. An diese Stelle sei jedoch erwähnt, dass der Parteirat und der Parteitag jederzeit eigenständig entscheiden können, was traktandiert werden soll und somit auch unter diesem Gesichtspunkt eine regelmässige Traktandierung europapolitischer Fragen den Parteirat und den Parteitag in seiner bestehenden Kompetenz unnötig einengen würde.

Der Antrag zum Bildungsanlass wird abgelehnt, weil die Themenkommission für Aussenpolitik, welche ab 1.1.2023 eingesetzt wird, sich sowieso mindestens ein Mal pro Jahr mit einem europäischen Thema auseinandersetzt und zu diesem Zweck auch internationale Gäste einlädt. Anstatt bereits wieder ein neues Gefäss zu schaffen, sind alle interessierten SP-Mitglieder an dieser Stelle herzlich

eingeladen, sich als Mitglied bei der Themenkommission für Aussenpolitik einzuschreiben (per Mail an severin.meier@spschweiz.ch).

Der Antrag zur Informationskampagne wird abgelehnt, da eine solche Kampagne nicht im luftleeren Raum geführt und die Beschäftigung der Öffentlichkeit mit dem Thema Europa nicht erzwungen werden kann. Wichtig ist es, rechtzeitig und fundiert Stellung zu beziehen, sobald europapolitische Themen aktuell sind.

Beschluss des Parteitags: alle drei Anträge Ablehnung

Wortmeldungen: Mirjam Hostetmann, Jon Pult

Mirjam Hostetmann: Das Papier ist ein Loblied auf die EU und die JUSO kann nicht hinter allen Punkten stehen, etwa Frontex. Wir empfehlen das Papier darum zur Ablehnung.

Jon Pult: Wir sind überzeugt davon, mit dem Europapapier solid richtig aufgestellt zu sein und unsere sozialdemokratischen Werte und die Parteiposition darin integriert zu haben. Es gibt unbestritten Nachteile und Herausforderungen, doch wollen wir damit umgehen. Wir haben aus mehrfach erwähnten Gründen darauf verzichtet, starre rote Linien zu definieren. Ich mache gerne eine persönliche Bemerkung. In der Diskussion innerhalb der Linken gibt es das Wort der «neoliberalen Bewegung». Wir haben diese in gewissen innenpolitischen Bereichen aufhalten können, darauf sind wir stolz. Das werden wir weiterhin verteidigen. Wenn man aber auf Europa und die Welt blickt, dann ist die Schweiz die Speerspitze des Neoliberalismus.

Schlussabstimmung zum Europa-Papier

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Annahme

Beschluss des Parteitags: Annahme mit 293 zu 84 Stimmen bei 20 Enthaltungen

22. Anträge und Resolutionen

R-5 des Präsidiums: Die Beschäftigten auf dem Bau kämpfen für ihren Landesmantelvertrag und gegen die weitere Deregulierung der Arbeitszeit

Wortmeldungen: Rebekka Wyler, Lorenzo Vasella

Begründung: Ende Jahr läuft der Mantelvertrag im Bauhauptgewerbe aus, die Verhandlungen laufen. Die Gewerkschaften fordern eine gerechtere Abgeltung der Reisezeiten und einen besseren Schutz der Gesundheit. Es haben bereits Protesttage stattgefunden. Es ist inakzeptabel, wenn die Arbeitgeber Bedingungen durchsetzen wollen, die auf Kosten der Gesundheit und Freizeit der Arbeitnehmer gehen.

Empfehlung des Parteirats: Annahme

Beschluss des Parteitags: einstimmige Annahme.

R-6-a Michel Zimmermann und andere: SBB, Schweizerische Post, Swisscom: Service public oder Aktiengesellschaften?

R-6-b Gegenresolution des Präsidiums: Für einen starken Service public für alle!

Ordnungsantrag Michel Béguelin: beide Resolutionen separat zur Abstimmung bringen. Der Antrag wird abgelehnt.

Wortmeldungen: Michel Béguelin, Michel Zimmermann, Finn van Belle, Carlo Lepori, David Roth

Begründung des Präsidiums für die Gegenresolution: Dadurch, dass die R-6-a immer wieder verschoben werden musste, sind die Beispiele teilweise veraltet. Darum ist die Gegenresolution des Präsidiums offener abgefasst.

Empfehlung des Parteirats: Ablehnung R-6-a zugunsten der Gegenresolution R-6-b des Präsidiums.

Beschluss des Parteitags: Annahme Resolution 6b

R-7 Martine Docourt und andere: Die Schweiz darf keine Verletzung der Frauenrechte dulden – Solidarität mit den mutigen Kämpfer:innen im Iran!

A-4 Cecilia Bernasconi: Einstellung der Rückführung von iranischen Frauen und ihren Familien

Wortmeldungen: Marine Docourt, Aresu Rabbani, Mattea Meyer

Begründung: Seit mehreren Wochen kämpfen die iranischen Frauen für Freiheit und ihre legitimen Rechte. Die Schweiz soll sie in ihrem Kampf unterstützen und sich für die Menschenrechte engagieren. Wenn die Frauen nicht gehorchen, werden sie im Iran ermordet. Wir brauchen ein Asylsystem, das die Menschen schützt, und nicht ein System, das sie zurückschickt und so umbringt. Demokratiebewegungen im Iran sollen durch die Schweiz unterstützt und die Sanktionen der EU mitgetragen werden.

Empfehlung des Parteirats: Annahme der Resolution R-7 und des Antrags A-4.

Beschluss des Parteitags: Annahme

R-8 Aresu Rabbani: Gleiche Rechte und tragfähige Perspektiven für alle Kriegsflüchtlinge

Wortmeldungen: Aresu Rabbani, Cédric Wermuth

Begründung: Geflüchtete sind verletzte Menschen, die wir aufnehmen müssen. Die Schweiz hat das Asylrecht umgebaut von einem Recht, das Menschen schützen soll, zu einem Recht, das Menschen abwehren soll. Die Grosszügigkeit, die wir den Ukrainerinnen gegenüber zeigen, soll für alle Kriegsflüchtlinge gelten.

Empfehlung des Parteirats: Annahme

Beschluss des Parteitags: Annahme

R-9-a Mehdi Mesbah: Israels Apartheidsystem gegenüber Palästina muss aufhören!

R-9-b Gegenresolution des Präsidiums: Für die Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Kräfte, die für Menschenrechte, gute Regierungsführung und einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten eintreten

Die Resolution 9a wird zurückgezogen, damit entfällt auch R-9-b.

Empfehlung des Parteirats: Ablehnung R-9-a zugunsten der Gegenresolution R-9-b des Präsidiums.

Begründung: Israel und Palästina brauchen keine einseitigen Schuldzuweisungen und keine Verschärfung der Spannungen, sondern eine politische Grundlage, damit in der ganzen Region namentlich jene (meist zivilgesellschaftlichen) Kräfte gestärkt werden, die für Menschenrechte, Demokratie und einen gerechten und nachhaltigen Frieden im Rahmen einer Zweistaaten-Lösung eintreten.

Was Kritik an Israel angeht, plädiert das SP-Präsidium deshalb für mehr Trennschärfe. Kritik an der israelischen Regierung und ihrer Politik ist ebenso zulässig wie die Kritik an der Regierung und der Politik jedes anderen Landes. Unzulässig sind jedoch doppelte Standards. In diesem Punkt ist die Resolution von Mehdi Mesbah abzulehnen, denn diese kritisiert die Politik Israels ausführlich und in den schärfsten Worten, während andere Hinder-nisse zur Stärkung der Menschenrechte und für eine Roadmap hin zu einem gerechten und nachhaltigen Frieden wie die vielfältige Intervention anderer Mächte in den Konflikt, die fehlende Einigkeit und Demokratie in Palästina, die schwerwiegende Verletzung der Menschenrechte durch die Hamas, die Autonomieregierung und anderen Kräften, welche Hass schüren, mit keinem Wort erwähnt werden. Auch stellt die Resolution implizit das Existenzrecht Israels in Frage, indem sie Israel als von Anfang an illegales Kolonialprojekt abtut. Während scharfe Kritik an Israels Regierung und Politik legitim ist, ist die Infragestellung des Existenzrecht Israels inakzeptabel.

Aus diesen Gründen unterbreitet das SP-Präsidium dem Parteitag eine Resolution, welche die bestehende SP-Position zum Israel-Palästina-Konflikt des SP-Parteitages (2006) und der Bundeshausfraktion (2010) aufdatiert.

Beschluss des Parteitags: entfällt.

A-5 Sektion Muri-Gümligen: Allgemeiner Antrag zur Änderung des Parteinamens

Wortmeldungen: Raphael Racine, Rebekka Wyler

Empfehlung des Parteirats: Ablehnung

Begründung: 1888 wurde die SP Schweiz gegründet. Seit bald 135 Jahren trägt unsere Partei denselben Namen: «Sozialdemokratische Partei der Schweiz». Unser Ziel war und ist es, die Schweiz sozialer und gerechter zu machen. Die Antragstellenden weisen zu Recht darauf hin, dass unsere Zielsetzungen seit den Gründungsjahren vielfältiger geworden sind. Seit Jahrzehnten setzt sich die SP für den Schutz von Klima und Umwelt ein. Die Partei hat ihr diesbezügliches Profil in letzter Zeit weiter geschärft, unter anderem mit der bereits lancierten Klimafonds-Initiative und der geplanten Initiative für einen nachhaltigen Finanzplatz. Es gibt deshalb keinen Grund, unseren gut verankerten und landesweit bekannten Namen anzupassen. Der Wahlslogan für 2023 ist für alle unsere Themen anschlussfähig.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung

A-6 Kilian Teubner und andere: Vereinheitlichung des Parteinamens der SP Schweiz im Sinne der zwei grössten lateinischen Sprachgruppen

Wortmeldungen: Kilian Teubner, Uolf Candrian, Rebekka Wyler, Lewin Freundenthaler

Empfehlung des Parteirats: Ablehnung

Begründung: 1888 wurde die SP Schweiz gegründet. Seit bald 135 Jahren trägt unsere Partei denselben Namen: «Sozialdemokratische Partei der Schweiz» (auf Französisch: «Parti socialiste suisse», auf Italienisch «Partito socialista svizzero»). Dabei bedeutet «sozialdemokratisch» auf Deutsch dasselbe wie «socialiste» auf Französisch und «socialista» auf Italienisch. Der deutsche Begriff «sozialistisch» ist sowohl historisch falsch wie auch inhaltlich vorbelastet, da er auf totalitäre Regimes bezogen werden kann. Die SP Schweiz ist schon immer für soziale Gerechtigkeit ebenso wie für Demokratie und Menschenrechte eingestanden. Entsprechend zeugt der Antrag von wenig historischem Bewusstsein für die komplexe und vielfältige Geschichte der Arbeiter:innenbewegung, deren Ziel nicht zuletzt die Teilhabe aller Menschen an der Demokratie und die Ausweitung der Demokratie auf möglichst alle Lebensbereiche war und ist. Der Name unserer Partei kann weiter nur nach breiter Vernehmlassung und im Rahmen einer Statuten- und Programmrevision geändert werden. Was den rätoromanischen Namen der SP Schweiz («Partida socialdemocratica da la Svizra») ist es nicht denkbar, eine solche Diskussion ohne Beizug unserer Genoss:innen aus dem Kanton Graubünden zu führen, wo der Name Partida socialdemocratica aktiv in Gebrauch ist. Der Antrag wird deshalb an allen Teilen zur Ablehnung empfohlen.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung

A-7 Renato Werndli: Vorbildfunktion beim Catering-Angebot an Parteitag

Wortmeldungen: Renato Werndli, Rebekka Wyler

Empfehlung des Parteirats: Ablehnung

Begründung: Der SP Schweiz ist Nachhaltigkeit ein grosses Anliegen. Was wir tun, soll mit unseren Forderungen nach Klimaschutz und Erhaltung der Biodiversität in Einklang stehen. Das Zentralsekretariat verfügt über ein entsprechendes Leitbild mit konkreten Massnahmen in den Themen Material-/Energiebedarf, Abfall und Recycling, Catering, Aufträge an Dritte, Transporte und Reisen. Verpflegungsangebote an Parteianlässen der SP Schweiz und ihrer Organe, die durch die Partei bezahlt werden, sind nur noch vegetarisch und vegan. Wir sind aber der Ansicht, dass der Eingriff in die Entscheidungsfreiheit der Delegierten zu gross ist, wenn nur noch vegane Speisen und Getränke angeboten werden – denn schliesslich bezahlen die Delegierten ihre Konsumation am Parteitag selber. Selbstverständlich wird auf ein regionales, saisonales und möglichst auch biologisches Angebot geachtet, ebenso auf die Verwendung von normalem Geschirr oder Geschirr aus nachhaltigen Materialien. Was die Nahrungsmittelproduktion angeht, weisen wir darauf hin, dass eine moderate Milchwirtschaft durchaus nachhaltig ist, da Gras so sinnvoll verwertet werden kann.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung

23. Varia

Mayra Faccioa, JUSO: Es werden noch Unterschriften für die Umweltverantwortungsinitiative gesammelt, damit die Initiative der Jungen Grünen zustande kommt.

Tom Cassee: Der nächste Parteitag findet am 25. Februar 2023 in Freiburg statt. Das Anmeldefenster öffnet nächste oder übernächste Woche. Wir freuen uns über frühzeitige Anmeldungen. Tom Cassee dankt allen Involvierten. Der Dank geht vor allem auch an Colette Siegenthaler, die diesen zweitägigen Parteitag wieder umsichtig und äusserst kompetent umgesetzt hat. Es waren grossartige zwei Tage – vielen Dank euch allen!

Gender-Watch-Protokoll

Positionen

GL = Präsidium, Parteirat

DG = Delegierte

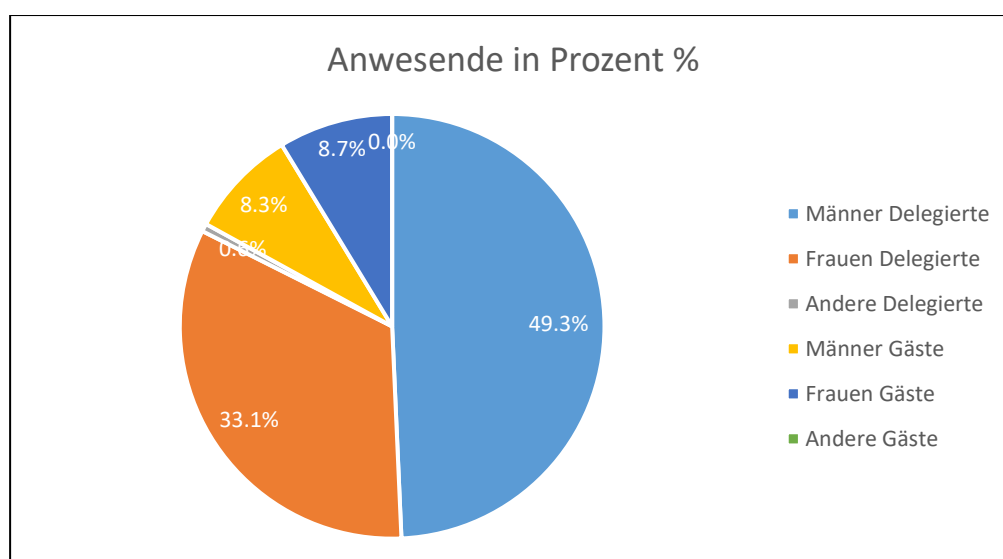
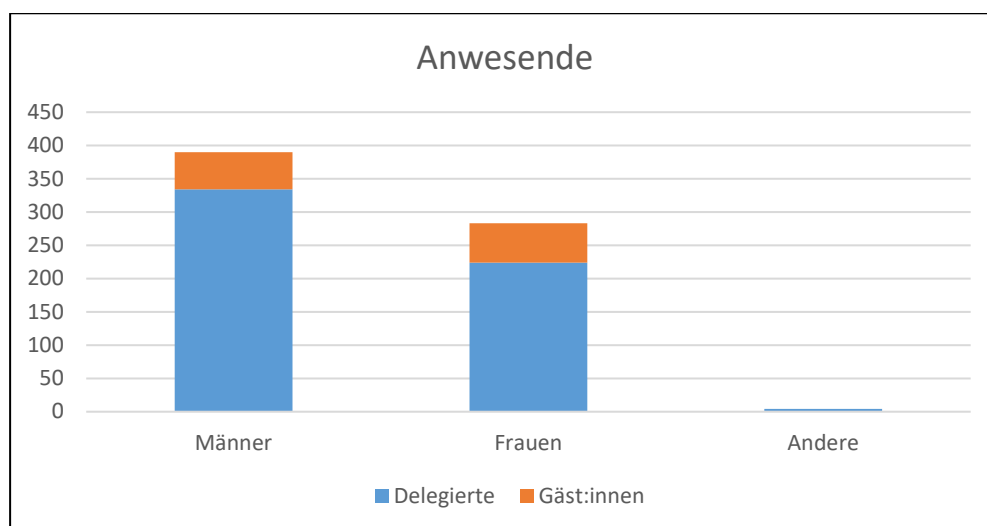
GA = Gäst:innen

PO = Podium

BR= Bundesrat

Anzahl anwesende Teilnehmer:innen

	Delegierte	Gäst:innen
Männer	334 = 57.4%	56 = 48.7%
Frauen	244 = 41.9%	59 = 51.3%
Andere	4 = 0.7%	0 = 0%
Total	582	115



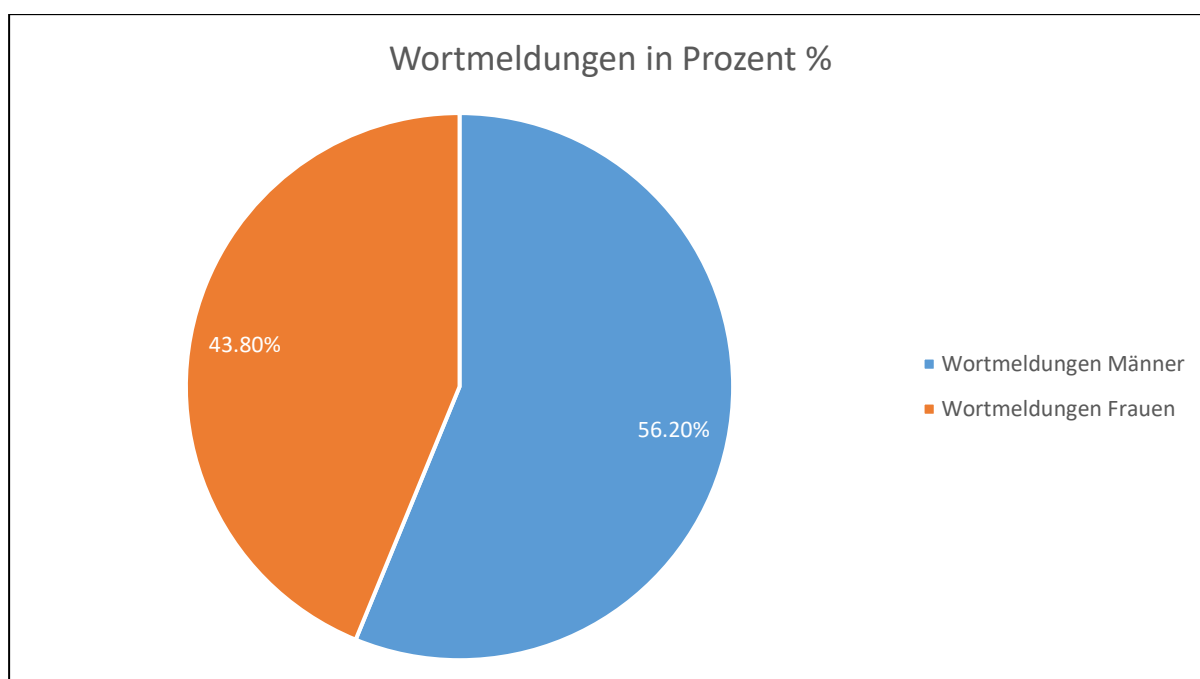
Detailauswertung nach Wortmeldungen und Redezeit (inklusive Reden)

Total Wortmeldungen nach Zeit und Anzahl Voten

	Nach Zeit und in %	Nach Anzahl Voten und in %
Total Wortmeldungen Samstag und Sonntag	15 Stunden 53 Minuten	188
Wortmeldungen Samstag	9 Stunden	95
Wortmeldungen Sonntag	6 Stunden 53 Minuten	93
Total Wortmeldungen Männer Samstag und Sonntag	8 Stunden 55 Minuten = 56.2%	115 = 61.2%
Wortmeldungen Männer Samstag	4 Stunden 40 Minuten	50
Wortmeldungen Männer Sonntag	4 Stunden 15 Minuten	65
Total Wortmeldungen Frauen Samstag und Sonntag	6 Stunden 58 Minuten = 43.8%	73 = 38.8%
Wortmeldungen Frauen Samstag	4 Stunden 23 Minuten	45
Wortmeldungen Frauen Sonntag	2 Stunden 38 Minuten	28

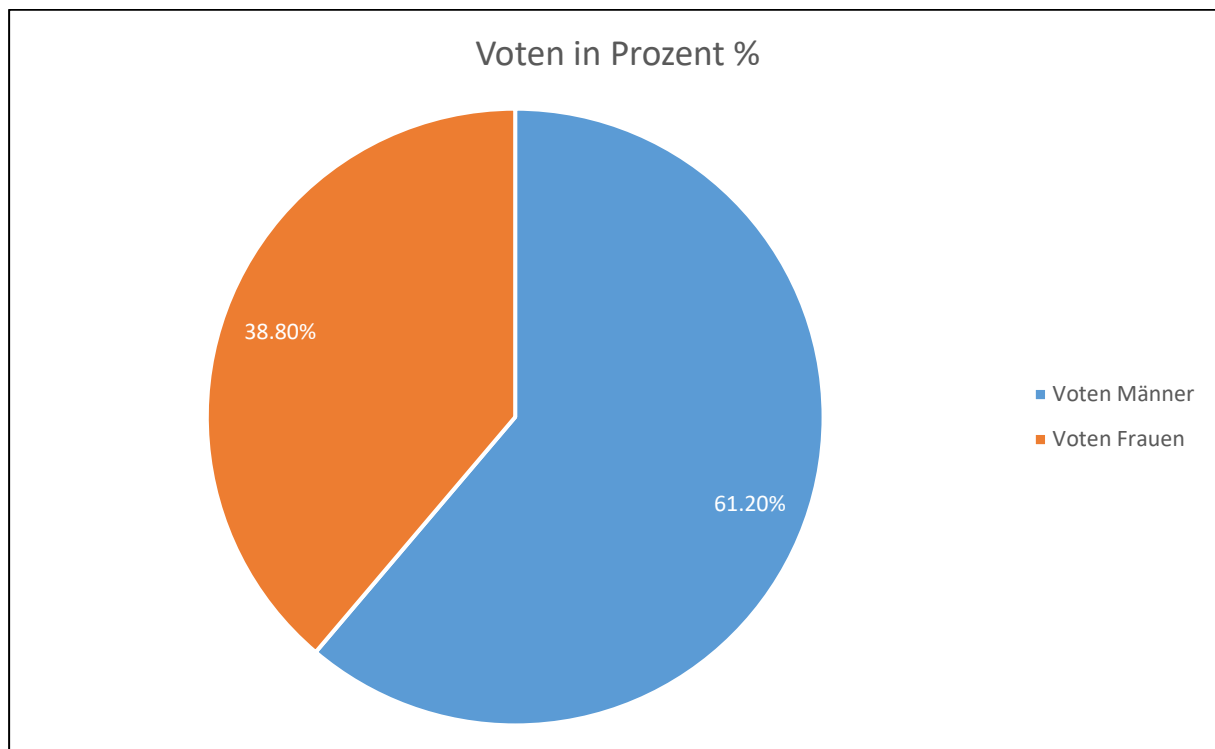
Wortmeldungen Total nach Zeit (Samstag und Sonntag)

	Total
Wortmeldungen Männer	8 Stunden 55 Minuten = 56.2%
Wortmeldungen Frauen	6 Stunden 58 Minuten = 43.8%
Total	15 Stunden 53 Minuten = 100%

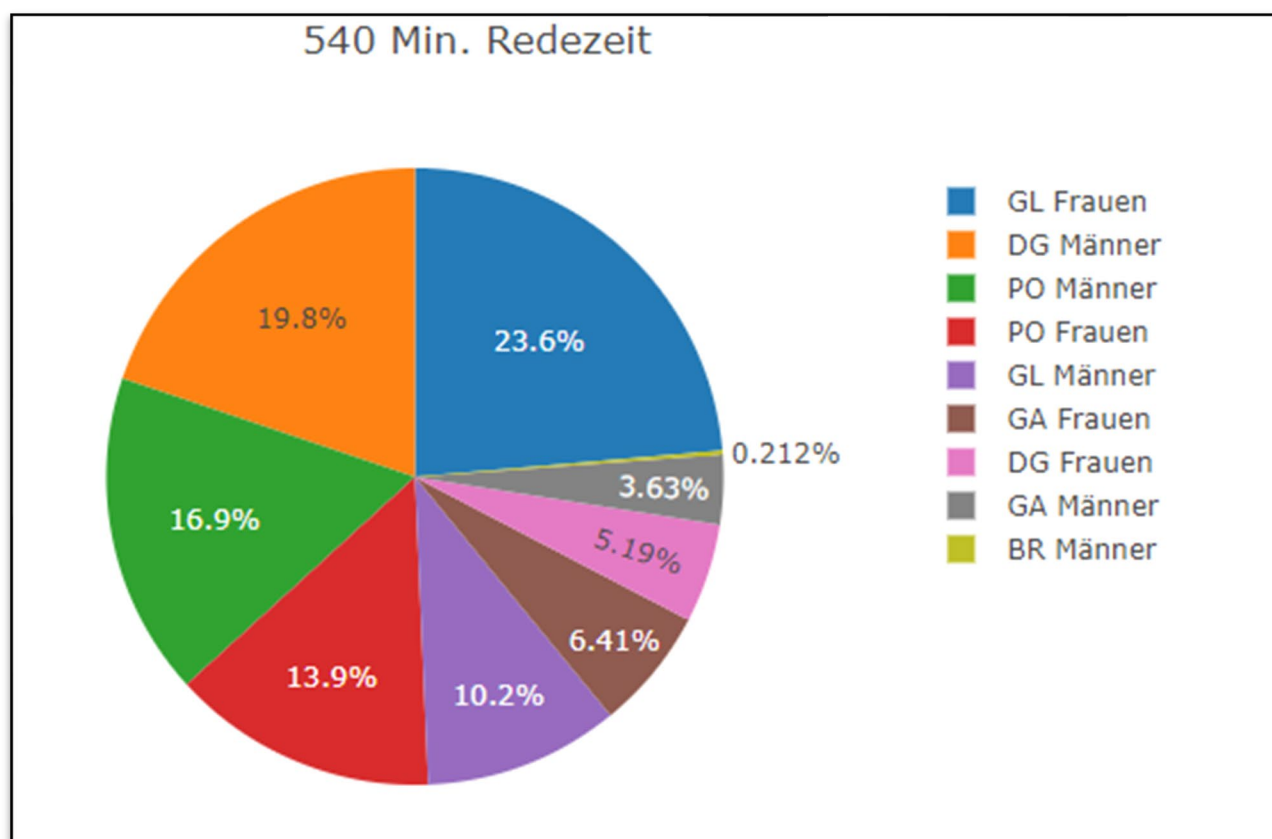
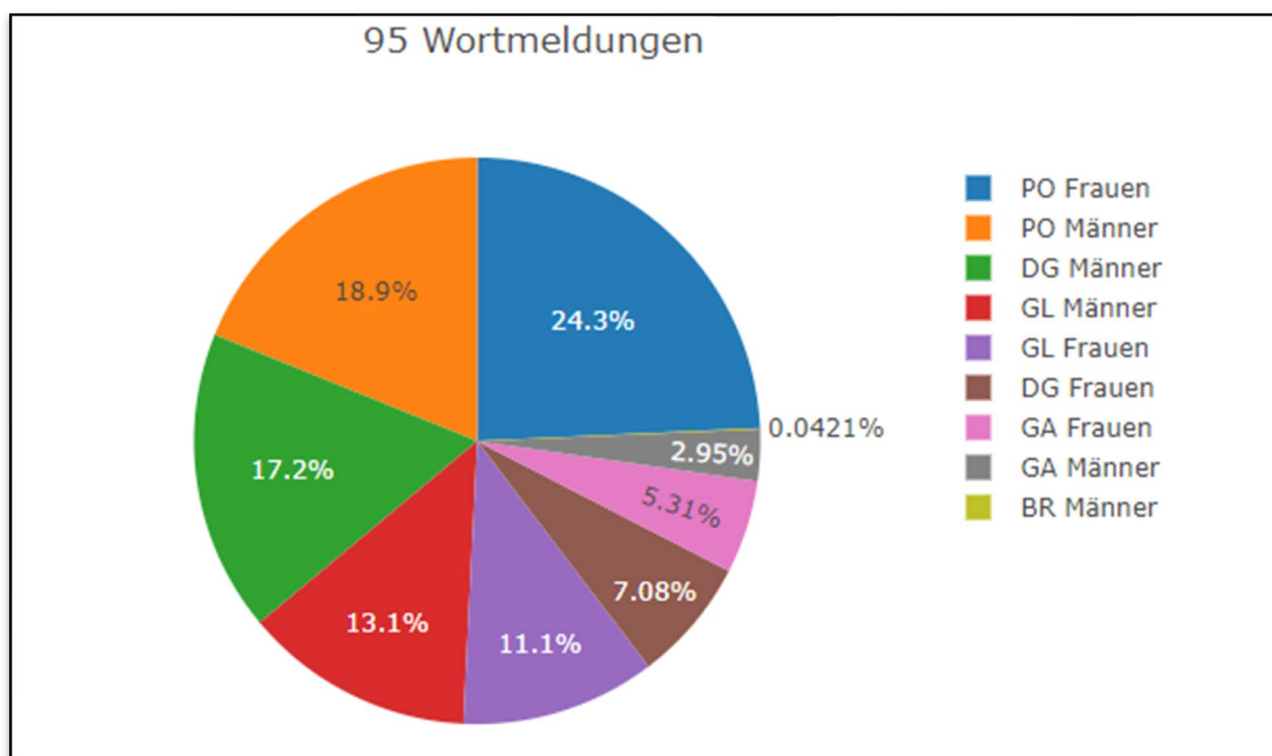


Wortmeldungen Total nach Voten (Samstag und Sonntag)

	Total
Voten Männer	115 = 61.2%
Voten Frauen	73 = 38.8%
Total	188 = 100%



Detailauswertung Samstag, 29. Oktober 2022



Detailauswertung Sonntag, 30. Oktober 2022

